



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

14. Februar 2023

**Stoppt die Eskalation +++ Lehrkräftemangel +++ Straßenbahn(debatte) +++ St.Georgs Stadtteilbeirat aufgelöst
Sternbrücke bleibt! +++ Gefahr für Kurden in Europa +++ 3 Jahre nach Hanau +++ Lesen ohne Atomstrom**



**Demonstration anlässlich des Jahrestages des Angriffskrieges:
Freitag, 24.02. – 15:00 – Russisches Konsulat (Feenteich 20)**

Liebe Leserinnen und Leser,

in unserem letzten »Bürger:innenbrief« hatten wir zum bevorstehenden Jahreswechsel die Frage aufgeworfen, wo uns die krisenhafte Entwicklung der letzten Zeit wohl noch hinführen wird. Nehmen wir nur die drei prägenden Faktoren:

Auch wenn Normalität eingekehrt zu sein scheint und die Maskenpflicht abgeschafft ist, noch immer erkranken Menschen an Corona, in Hamburg alleine täglich etwa 100. Zwar hat die Sterberate deutlich abgenommen, doch ist inzwischen klar, dass ein erheblicher Teil der fast 38 Mio. Corona-Infizierten, nämlich bis zu 15 Prozent, mit Long-Covid-Symptomen zu kämpfen hat.

Alle Aussagen von Anfang letzten Jahres, die drastisch gestiegene Inflationsrate gehe bald wieder zurück, haben sich in Schall und Rauch aufgelöst. Im Jahresdurchschnitt 2022 betrug sie 7,9 Prozent, der höchste Wert seit den Anfängen der Bundesrepublik, im Januar 2023 lag sie bei 8,7 Prozent. Wobei die Preissteigerungen für Energie und Lebensmittel noch beträchtlich höher ausfallen.

Und schließlich der russische Einmarsch in die Ukraine, dem längst über 100.000 Soldaten und Zehntausende ukrainische Zivilist:innen zum Opfer gefallen sind und der ganze

Städte zu Ruinen gemacht hat. Und was vor zwei Monaten noch nahezu unvorstellbar schien, mittlerweile gibt es die Zusicherung, dass rund 100 Leopard-Panzer an die Ukraine geliefert werden. Und schon heißt es von deren Präsident Selenskyj, nun müssten auch weiterreichende Raketen und Kampffjets folgen.

Angesichts dieser Problemlagen, ihrer Dimensionen und der Auswirkungen auf die millionenfach betroffenen Menschen verblassen bisweilen die alltäglichen Sorgen vor Ort. Gerade deswegen heißt es für uns als LINKE, nach Antworten nicht nur auf die »großen« Herausforderungen zu suchen und die nötigen Forderungen und Konzepte zu entwickeln, sondern auch den Finger immer wieder in die konkreten Wunden unserer Stadt zu legen. Beispielsweise, dass im zweiten Halbjahr 2.441 Haushalten der Strom gesperrt wurde, wie eine unserer Kleinen Anfragen ergeben hat (Drs. 22/10794 vom 3.2.2023). Oder dass die Armut derart angewachsen ist, dass Ende 2022 die meisten der rund 30 Ausgabestellen der Tafel – sie versorgen geschätzt bis zu 45.000 Menschen – einen »Aufnahmestopp« verhängen mussten (NDR-Meldung vom 24.11.2022). Oder dass der durchschnittliche

Mietpreis im Februar 2023 mittlerweile auf 15,67 Euro/qm angestiegen ist (wohnungsboerse.net) ... Oder dass das letzte Antiquariat im Hamburger Westen – das »Halkyone« (Eisvogel auf Altgriechisch) in Altona – wegen der Verdopplung der Miete schließen muss (*Elbe Wochenblatt*, vom 18.1.2023), da es keinen Mieter:innenschutz für inhaber:innengeführte Geschäfte gibt. Oder, oder, oder.

Und natürlich geht es uns nicht nur darum, soziale Ungerechtigkeit und andere Missstände zu enthüllen und zu attackieren, wir verstehen uns auch in schwierigen Zeiten als diejenige Kraft, die sozial-ökologische Veränderungen erreichen will. Wir sprechen uns gegen Stromsperrungen aus, kämpfen unverdrossen für einen Mietendeckel, sind für die Wiedereinführung der Straßenbahn und auf Dauer für die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ... Geld ist

tatsächlich genug da, um solche Maßnahmen zu finanzieren: Beispielsweise verzichtete die Stadt gerade auf vier Milliarden Euro an Einnahmen, weil die weniger als 1 Prozent ausmachende »Tonnagesteuer« Hapag-Lloyd ermöglicht, auf Profite aus der Handelsschiffahrt quasi keine Steuer entrichten zu müssen – im Gegensatz zu jeder noch so kleinen Bäckerei, die auf ihre Gewinne rund 35 Prozent Gewerbesteuer abführen muss, wie unser haushaltspolitischer Sprecher David Stoop in einer Presseerklärung vom 11. Februar feststellte.

Es gibt also viel zu tun. Und einiges davon haben wir auf den kommenden Seiten thematisiert.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Hanno Plass und Michael Joho



**Wir trauern.
Em xemgîn in.
Yastayîz.**

الرحمة لروح المفقودين

Hilfe für die Opfer des katastrophalen Erdbebens

Mehr als 37.000 Menschen sind tot (Stand 14.2.2023), viele andere noch unter den Trümmern der Gebäude verschüttet, Zehntausende verletzt, Millionen obdachlos. Wir sind in tiefer Trauer um die Opfer der Erdbeben in Kurdistan, in der Türkei und in Syrien und bitten um Spenden.

medico international e.V.

GLS Bank
DE69 4306 0967 1018 8350 02
Stichwort: Nothilfe Erdbeben
<https://www.medico.de/kampagnen/spendenauf-ruf-nothilfe-erdbeben>

Heyva Sor a Kurdistanê e.V.

Kurdischer Roter Halbmond
Kreissparkasse Köln
DE49 3705 0299 0004 0104 81
www.heyvasor.com/de/banga-alika-riya-lezgin-ji-bo-mexduren-erdheje/

KurdistanHilfe e.V.

Hamburger Sparkasse
DE40 2005 0550 1049 2227 04
Stichwort: Erdbebenhilfe
<https://kurdistanhilfe.de/index.php/de>

Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!

Ein bundesweites Bündnis mobilisiert für den Zeitraum vom 24. bis 26. Februar für Aktivitäten gegen den Krieg in der Ukraine, die vor genau einem Jahr von Russland überfallen wurde. Wir rufen auf, sich an der Hamburger Friedensdemonstration am 24. Februar 2023 zu beteiligen. Sie beginnt um 15 Uhr vor dem russischen Konsulat (Feenteich 20), die Abschlusskundgebung ist für 17 Uhr auf dem Jungfernstieg vorgesehen. Nachfolgend dokumentieren wir den bundesweiten Aufruf:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der seit dem 24. Februar 2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt hat.

Abertausende von weiteren Menschen drohen diesem Krieg zum Opfer zu fallen. Der Schatten eines Atomkrieges liegt über der Welt. Dieser Krieg, wie alle anderen, konterkariert außerdem den Kampf gegen die Klimakrise. Es ist die Verantwortung und Pflicht der Staaten und Völker, der Gewalt Einhalt zu gebieten.

Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Wir erkennen ihr Recht auf Selbstverteidigung an. Wir stehen an der Seite derer, die die Logik des Krieges durchbrechen wollen, zum Beispiel durch zivilen Widerstand, gewaltfreie Aktionen, Desertion oder Kriegsdienstverweigerung. Alle Menschen, die sich dem Krieg entziehen möchten, müssen Schutz durch humanitäre Visa und Asyl finden.

Wir fordern:

- diplomatische Initiativen durch die deutsche Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und andere,
- einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen,
- den Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine,
- alles zu tun, um einen Atomkrieg zu verhindern und den UN-Atomwaffenverbotsvertrag voranzutreiben sowie,
- den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, um keine weitere Finanzierung des Krieges zu ermöglichen und die Klimakatastrophe abzuwenden.

Krieg bedeutet Tod, Gewalt, Flucht, Vergewaltigung und Folter für die unmittelbar Betroffenen. Er bedeutet auch Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Armut für die mittelbar Betroffenen, vor allem im Globalen Süden. Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben, militärische »Sondervermögen«, Drohungen und weitere Eskalation dürfen keine Antworten darauf sein.

Und schließlich ist es auch hier, wie in jedem Krieg, essenziell, dass wir uns die Anteile westlicher Politik am Unfrieden bewusst machen, sie verurteilen und ihnen entgegenwirken. Die viel zu oft konfrontative Politik der NATO, die unfaire Wirtschafts-, Energie- und Handelspolitik und vor allem die massive Aufrüstung auf allen Seiten müssen ein Ende finden.

Sicherheit und Frieden für alle können nur gemeinsam und nicht gegeneinander erreicht werden. Das Völkerrecht muss dabei höher stehen als die Machtinteressen einzelner Staaten.



Stoppt das Töten in der Ukraine! Für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!

Werdet aktiv für eine friedlichere Welt!

Wir rufen für das Wochenende vom 24. bis zum 26. Februar 2023 zu gewaltfreien und vielfältigen Protesten für das Durchbrechen der Gewaltspirale, für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, gegen den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine und gegen das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung auf, mit dem Deutschland bald einen der größten Rüstungsetats der Welt hätte.

Wer wir sind

Wir sind ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und sind solidarisch mit allen Menschen, die sich gegen Krieg einsetzen. Wir laden alle Menschen ein, die sich gegen den Krieg und gegen Aufrüstung einsetzen möchten! Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen, die wissenschaftsfeindlich sind, die Journalist*innen angreifen, sowie Menschen und Gruppen, die Verschwörungsmythen anhängen und/oder diskriminierende Botschaften und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Sexismus verbreiten, eine Absage.

<https://stoppt-das-toeten.dfg-vk.de/>

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen | Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden | Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb | Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative | Ohne Rüstung Leben | pax christi | Sant'Egidio | Sicherheit neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Lehrkräftemangel: Politische Ideen- und Planlosigkeit für die Bildung

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Laut Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) fehlen bis zum Jahr 2035 jährlich 1.600 Lehrkräfte an deutschen Schulen. Derzeit sind nach Berechnungen des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) 30.000 bis 40.000 Stellen vakant. Die Handlungsnotwendigkeit der Politik ist sehr hoch. Doch die Vorschläge, die jetzt durch die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der KMK vorgelegt wurden, sorgen für eine lautstarke Kontroverse und weisen in eine falsche Richtung.

Das Bildungswesen liegt auf der Intensivstation, so lautet der Tenor der SWK: »es gehe um Notmaßnahmen, um die Lebenschancen für derzeitige Schüler nicht noch mehr zu schmälern«, so die Worte von Felicitas Thiele von der SWK (FAZ, 28.1.2023). Und ihr Kollege Olaf Köller bläst zur Attacke auf die bisherigen Regelungen der Arbeit von Lehrer:innen: »Wenn wir das System nicht gegen die Wand fahren wollen, müssen Lehrkräfte noch mehr leisten als in der Vergangenheit schon« (FAZ, 28.1.2023).

Die Vorschläge der SWK sind (trotz einzelner sinnvoller Elemente) zusammengefasst ein Generalangriff zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte (laut FAZ, 28.1.2023):

- Wiedereinstellung von Ruheständler:innen
- Reduzierung der Altersermäßigung (geringere Unterrichtsverpflichtung ab 55 Jahren)
- Senkung der Teilzeitquote (die ja nach Bundesland zwischen 25 und 57 Prozent liegt)
- Überprüfung von Sabbatmodellen
- Erhöhung der Lehrverpflichtung
- Verzicht auf ein zweites Unterrichtsfach für Lehrkräfte
- Vermehrte Einstellung eingewanderter Lehrkräfte
- Befristete Abordnungen
- Nachqualifikation zu anderen Fächern
- Erhöhter Einsatz von Student:innen und Pensionär:innen als Vertretungslehrkräfte
- Gesundheitsförderung
- Erhöhung der Klassenfrequenzen (d.h. größere Klassen).

Die GEW, der VBE und der Deutsche Philologenverband weisen die Vorstöße in aller Deutlichkeit zurück, indem sie formulieren: Die Politiker:innen versuchen ihr Versagen auf dem Rücken der Lehrkräfte auszutragen.

Wie hoch ist aber der Mangel in Hamburg? Jährlich beginnen zum jeweiligen Schulhalbjahr mehrere Hundert neue Lehrkräfte ihr Referendariat, der Haushaltsplan der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) weist in den kommenden Jahren ein Anwachsen der Vollzeitstellen von 57.121 (2022) auf 59.127 (2026) auf – ein fast zehnpromentiger Anstieg. Dabei muss bedacht werden, dass die BSB von einem Anstieg der Schüler:innenzahlen um 25 Prozent bis 2030 ausgeht – und gesetzlich daran gebunden ist, entsprechend Lehrkräfte einzusetzen. Allein um die Grundversor-

gung bei den jetzigen und den prognostizierten Bedarfen zu decken, droht eine Lücke.

Faktisch ergab eine Anfrage von uns zum sogenannten Lehrerarbeitszeitmodell, das den Einsatz von Lehrkräften an den Schulen in Form der Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) regelt, dass durchschnittlich einhundert Vollzeit-Lehrkräfte fehlen, an jeder Schule eigentlich eine Drei-Viertel-Stelle (Drs. 21/15798). Besonders an Schulen in Randlagen und mit einem niedrigen Sozialindex, also einer Schüler:innenschaft aus finanzschwachen Elternhäusern, macht sich jetzt bereits ein deutlicher Mangel bemerkbar. Schulen mit einem ausgewiesenen hohen Sozialindex und einer günstigen Lage können auch einen Stellenüberschuss aufweisen. Nach Schulformen verteilt zeigt sich, wenig überraschend, dass an Gymnasien durchschnittlich weniger Lehrkräfte fehlen als an Stadtteilschulen. Die Behler-Kommission hatte schon vor Jahren gefordert, die LAZVO an die Wirklichkeit anzupassen.



RLS-Broschüre vom Dezember 2022 (https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Wege_aus_dem_Lehrkraeftemangel.pdf)



passen. Denn auch vielen Gymnasien ist mittlerweile klar, dass sie weniger Fächer unterrichten als Menschen bilden sollen – und dies bedeutet, dass Schulen eine Vielzahl sozialer Aspekte der jungen Menschen begegnen und Probleme und Konflikte auffangen müssen. Der Mangel an Lehrkräften gefährdet nicht nur den regulären Unterricht, sondern ohne eine ausreichende Zahl an Lehrkräften laufen die zaghaften Bestrebungen zu einem inklusiven Ganztagsangebot in der Bildung Gefahr krachend zu scheitern. Dabei sind gegenwärtig die gravierenden Auswirkungen der Coronapandemie und der Schulschließungen auf die Schüler:innen bzw. deren Kompensationsmaßnahmen noch gar nicht mitbedacht – die Pandemie ist abgesagt und die Auswirkungen werden unter »ferner liefen« verbucht.

Der letztgenannte Umstand – Anforderungen an Inklusion, Integration und Ganztags sowie die Coronaauswirkungen – gepaart mit einer entsprechend ausstehenden Anpassung der LAZVO erhöht die Anforderungen an die Lehrkräfte nochmals deutlich!

Derzeit, so ergab unsere Anfrage an den Senat, arbeiten ungefähr die Hälfte aller Hamburger Lehrkräfte in einer 50-prozentigen Teilzeit (Drs. 22/4112). Dabei, so ist zu vermuten, handelt es sich auch um eine individualisierte Reaktion auf die belastenden Arbeitsbedingungen von Lehrkräften. Auch bedeutet die Reduktion der Stundenzahl oftmals überhaupt auf eine Woche mit rund 40 Stunden zu kommen.

Bisher ist, dem stimmt auch die GEW Hamburg zu, an der Elbe noch nicht so viel vom Lehrkräftemangel angekommen. Dies hat aber weniger mit der Politik der BSB zu tun als mit dem Umstand, dass Hamburg – die erste Stadt, die versuchte, sich mithilfe einer Marketingagentur als Marke zu verkaufen¹ – selbst »zieht«. Und das trotz eklatanten Mangels an Wohnraum, deutlich ausbaufähiger öffentlicher Infrastruktur und einem Zwei-Klassen-Bildungssystem.

Faktisch also ist das Hamburger Schulsystem im Bundesvergleich noch relativ gut mit Lehrkräften ausgestattet, weil es anderen Bundesländern die Lehrkräfte abzieht. Öffentlich warnt der Schulsenator in der KMK vor derartigem Kannibalismus, ist aber selbst ein großer Profiteur: Es werden 80 Prozent mehr Lehrkräfte eingestellt als selbst ausgebildet werden.² Perspektivisch wird sich dieses Modell nicht halten

können, denn zu sehr sind die Länder auf ihre eigenen Lehrkräfte angewiesen.

Was ist also zu unternehmen?

Mittel- und langfristig hilft nur ein massiver Ausbau der Studien- und Ausbildungskapazitäten der einzelnen Länder. In die Diskussion wurde auch eingebracht, einen Staatsvertrag zwischen den Bundesländern und zwischen den Ländern und dem Bund zu schließen, um Bundesmittel für die Lehrer:innenausbildung einzusetzen.³ Ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen, die Studien- und Ausbildungskapazitäten zu steigern, soll dem gegenseitigen Abwerben von Lehrkräften entgegenwirken.

Nun hat auch die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Bildung der LINKEN ein Positionspapier vorgelegt, das über die energischen Zurückweisungen der KMK-Vorschläge hinausgeht und kurzfristige, pragmatische Schritte gegen den Lehrkräftemangel vorschlägt. Kern ist hier der abgewogene und begleitete Einsatz von Quer- und Seiteneinsteiger:innen, Student:innen mitsamt eines Weiterbildungsprogramms zur weiteren Qualifizierung und Anerkennung von (ausländischen) Abschlüssen/Qualifizierungen. Außerdem schlägt die BAG Bildung vor, die Plätze im Lehramtsstudium im Rahmen einer Ausbildungs-offensive zu erhöhen sowie die Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams zu unterstützen, die einen gesamtheitlichen Bildungsansatz im Sinne der Kinder und Jugendlichen verwirklichen sollen. Dabei, so die BAG soll nicht das Gießkannenprinzip vorherrschen, sondern Schulen, die besonders belastet sind, zeitnah bevorzugt zu unterstützen.

Das stetig vorgebrachte Argument, es werde irgendwann zu viele Lehrkräfte geben, ist nichtig: Selbst, wenn der aktuelle und andauernde Mangel behoben wäre, sind auch dauerhaft mehr Lehrkräfte nötig, etwa um die Klassen zu verkleinern, Doppelbesetzung durchgehend zu gewährleisten, das schulische Bildungsangebot zu erweitern und inklusive Bildung wirklich für alle jungen Menschen zu gewährleisten.

Natürlich bedarf es dafür Ressourcen und finanzieller Mittel, die aufgewendet werden müssen. Und natürlich müssen sich die regierenden Parteien dazu entschließen, entschiedene Schritte für eine weitgehende Lehrkräftausbildung zu gehen. Jedoch zu meinen, dem Unheil durch Untätigkeit oder Fatalismus begegnen zu können, ist schlichtweg ein Irrglaube, der auch in Hamburg zu einer massiven Bildungskatastrophe führen wird – mit kaum auszumessenden Folgeproblemen für die Betroffenen und die sozialen Hilffsysteme.

Einige unserer Vorschläge ließen sich mit denen der KMK übereinbringen. Jedoch schlief »die Politik« zu lange den Schlaf der Selbstgerechten. Jetzt erwacht sie und handelt in alarmistischer Panik statt mit einem soliden Plan – und wie so oft ohne systematische Beteiligung der Akteur:innen der schulischen Bildung aus Bund und Ländern.

¹ Lars Amenda, Marke Hamburg. Geschichte der Werbung für die Stadt, Hamburg 2020, Junius Verlag.

² Mark Rackles, Wege aus dem Lehrkräftemangel. Zukunftsvertrag

Lehrkräftebildung und bundesweite Bildungsoffensive 2023-2032, Berlin 2022, S. 6, Wege aus dem Lehrkräftemangel – Rosa-Luxemburg-Stiftung (rosalux.de).

³ Ebenda.

Straßenbahn(debatte) nimmt weiter Fahrt auf

Linie 13 als Alternative zum Nadelöhr Elbbrücken und zum überlasteten Hauptbahnhof

Von Heike Sudmann

Mit der Veröffentlichung unserer Studie im Sommer 2022 zur geplanten U5 und der Alternative einer Straßenbahn haben wir die Debatte um die Wiedereinführung einer Straßenbahn in Hamburg eindeutig belebt (mehr dazu unter www.linksfraktion-hamburg.de/strassenbahn-fuer-hamburg/, die komplette Studie gibts hier: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/06/U5-Studie.pdf).

Zur Erinnerung: Wir haben in dieser Studie aufgezeigt, dass all die versprochenen verkehrs- und klimapolitischen Ziele der neuen U-Bahn-Linie 5 nicht erreicht werden. Und was besonders schwerwiegend ist: Sie fährt an den Bedürfnissen, also an den Fahrtzielen der Menschen, überwiegend vorbei. Ihr Beitrag zur Gewinnung neuer Fahrgäste, die bisher noch keinen Schienenanschluss in unmittelbarer Nähe haben, ist daher viel geringer als immer behauptet. Mit den bislang veranschlagten Geldern von 1,8 Mrd. Euro für die nur 5,8 Kilometer lange U-Bahn-Strecke von Bramfeld zur CityNord würden wir ein erweiterungsfähiges Straßenbahnnetz mit 53 Kilometer Länge und 109 Haltestellen (s. Seite 45 der Studie) schaffen, das viel mehr Menschen ein tolles neues Angebot macht.

Ergänzend zu diesem ersten Netz von Straßenbahnlinien haben wir nun einen Vorschlag vorgelegt, der vor allem für die Veddel und Wilhelmsburg interessant ist. Mit einer neuen Straßenbahnlinie 13 von der Mundsburg über Wartenau, Berliner Tor, Elbbrücken, Veddel, Reiherstiegviertel, Bahnhof Wilhelmsburg bis nach Kirchdorf-Süd können gleich mehrere Engpässe überwunden und Alternativen geschaffen werden. Es wird nicht nur ein besseres und zuverlässigeres (und auch ausbaufähiges) Schienenangebot in Richtung Hamburger Süden geschaffen, sondern es wird auch der Hauptbahnhof entlastet. Dieser gehört mit täglich 500.000 Nutzer:innen zu den ganz großen Bahnhöfen, hat aber auf den Bahnsteigen und den Übergängen viel zu wenig Platz für all die Menschen. Dank der vielen Umstiegsmöglichkeiten auf der Linie 13 muss kein Fahrgast mehr mangels Alternative erst über den Hauptbahnhof fahren, um andere Linien zu erreichen. Folglich passieren weniger Fahrgäste den Hauptbahnhof.

Wie schnell der Hamburger Süden bei Problemen auf der S-Bahn-Strecke abgehängt wird, hat der Brand unter den Elbbrücken gezeigt. Die vorgeschlagene Straßenbahnlinie 13 ist eine sehr gute Alternative und Ergänzung zur S-Bahn. Sie kann übrigens zum großen Teil auf den noch vorhandenen Trassen der alten Straßenbahn fahren. Unseren Antrag (Drucksache 22/10689) hat die Bürgerschaft am 1. Februar diskutiert. Rot-Grün hat den Antrag mit ziemlich platten Argumenten abgelehnt. Die gesamte Debatte oder nur die Kurzfassung meiner Rede (mit Triggerwarnung vor dem Wort Straßenbahn) mag sich angucken, wer Lust und Zeit hat.

Überraschende Unterstützung für die Straßenbahn kam übrigens vom Hamburger Klimabeirat. Dieses Gremium, des-



Her mit der Tram! (Fotos und Montagen von Jens Ode)

sen 14 hochkarätige Mitglieder aus der Wissenschaft und Forschung vom Senat selbst ausgesucht wurden, hat am 30. Januar eine »Stellungnahme zu einer klimaverträglichen Ausgestaltung des Baus der U5« veröffentlicht, die es in sich hat. So wird dort festgestellt, dass der Beitrag der U5-Ost zur notwendigen CO₂-Reduzierung im Verkehrssektor vergleichsweise gering ausfällt. Mit einer Bauzeit von ca. 20 Jahren für die gesamte U5 »stellt sich zudem die Frage, ob die U5 die angemessene Antwort auf die Dringlichkeit für mehr Klimaschutz und eine schnell wirksame Verkehrswende darstellt.«

Der Beirat empfiehlt dem Senat, »Maßnahmen zu priorisieren, die so schnell und kosteneffizient wie möglich einen adäquaten Beitrag zur Senkung klimaschädlicher Emissionen im Verkehrssektor zu leisten«. Die Straßenbahn leistet genau das. Deshalb werden wir weiter dafür streiten.



U5: Milliardengrab statt dringend notwendiger Beitrag zur CO₂-Reduktion

Den nachstehenden Artikel hat uns ein Bürger:innenbrief-Leser geschickt, der nicht namentlich genannt werden möchte. Für den Artikel bedanken wir uns sehr!

Bei der Befragung zur U5 warteten der Senat und seine Planer im Verkehrsausschuss am 2. Februar mit einer Fülle von Ungereimtheiten auf und mussten diverse Fragen offenlassen. Eine aktuelle Kostenschätzung für den ersten Bauabschnitt, der mit 1,8 Milliarden Euro (311 Millionen pro Kilometer) veranschlagt war, liegt immer noch nicht vor. Hochbahn und Senat hatten sie zuletzt für Ende 2022 angekündigt. Jetzt soll sie irgendwann im Laufe des Jahres 2023 kommen, wenn der Antrag auf Kostenbeteiligung des Bundes gestellt wird, sagte Verkehrssenator Anjes Tjarks (GRÜNE). Um für die nächsten 100 Jahre im Nahverkehr gut gerüstet zu sein, müssten wir jetzt »erstmal drei Jahrzehnte durchhalten.«

Hochbahnprojektleiter Klaus Uphoff erklärte, die Kostenprognosen von 2018 seien nicht mehr haltbar. Bürgermeister Tschentscher hatte im Vorfeld von »großzügigen Preisgleitklauseln« bei den anstehenden größeren Bauprojekten der Stadt gesprochen. Heike Sudmann, verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN-Bürgerschaftsfraktion: »Da droht ein Milliardengrab, das nebenbei auch noch dafür sorgt, dass die Klimaziele krachend verfehlt werden.«

Zur CO₂-Bilanz des Großbauvorhabens hatte der Senat drei Gutachten vorgelegt, die gegenüber der heutigen Kalkulation der Emissionen für Herstellung und Verarbeitung der Baustoffe Beton und Baustahl Einsparpotenziale von mehr als 50 Prozent für machbar erklärt hatten. Einer der Gutachter:innen, Professor Florian Gschösser von der Uni Innsbruck, stellte sich den Fragen des Ausschusses. Er bezeichnete die Einsparziele als »alle sehr sportlich«. So hatte denn auch der Drittgutachter STUVA nicht von einem Zielszenario, sondern von einem »Best-case-Szenario« des Senats gesprochen.

»Man sollte sich ambitionierte Ziele setzen«, sagte Gschösser. Zusagen der Industrie über die Lieferung und Verarbeitung emissionsarm oder gar emissionsfrei hergestellter Baustoffe gebe es keine. Es existiere seitens der Industrie aber eine Roadmap zur schrittweisen Umstellung der Produktionen bis 2050. Der Senat müsse in den Anforderungen seiner noch ausstehenden Ausschreibungen für den zweiten Bauabschnitt die jeweils umweltfreundlichsten Baustoffe als Anforderungen vorgeben. Bisher hatte der Senat den Eindruck erweckt, die gesetzten CO₂-Einsparziele würden problemlos erreicht werden.

Der Klimabeirat des Senats hat in seiner Stellungnahme Ende Januar festgestellt, dass die U5 mit ihren 20 Jahren Bauzeit zur Erreichung der vom Senat festgesetzten Klimaziele für 2030 zu spät komme. Der erste Bauabschnitt der U5, die 5,8 Kilometer von Bramfeld bis City Nord, soll



2032 in den Betrieb gehen, der zweite Bauabschnitt 2040. Tjarks wollte die Kritik seines Klimabeirats nicht gelten lassen. Entscheidend für die Klimabilanz sei es, die »Antriebswende« im motorisierten Individualverkehr zu schaffen. Pkw und Lkw müssten elektrisch fahren. »Wenn der Klimabeirat die U5 zur Disposition stellt, ist das eine nicht reale Vorstellung«, sagte Tjarks. »Auch die Straßenbahn hat eine Bauzeit.« Die Stellungnahme des Klimabeirats auf die Tagesordnung des Verkehrsausschusses zu setzen, wie es die LINKE vorgeschlagen hat, lehnte Rot-Grün mit Koalitionsmehrheit ab.

Bei den Fragen zu den Fahrgastprognosen der U5 geriet der Senat in schweres Fahrwasser. Der Verdacht von Heike Sudmann: Die Prognosen liegen deutlich zu hoch. Am Beispiel der Haltestelle Bramfeld konnte der Senat ihr nicht erklären, wo die erwarteten 18.000 Fahrgäste herkommen sollen. Seinen eigenen Unterlagen zufolge rechnet er mit 7.800 Umsteiger:innen aus Bussen, die am Bramfelder Dorfplatz ankommen, und gab darüber hinaus 9.100 Einwohner:innen an, die im fußläufigen Umkreis der U5-Haltestelle wohnen. Von diesen 9.100 Anwohner:innen aber steigen nach gängiger Rechnung der Fachleute nur rund 3.000 in die Bahn. So ergeben sich 10.800 statt der ausgewiesenen 18.000 Fahrgäste. Wie sich die Differenz erkläre, konnte auch der von Tjarks eigens mitgebrachte Hochbahnexperte Heidrich nicht erklären. Er bot an, die entsprechende Information »nachzureichen«.

Die Klagen gegen die U5 würden den Bau nicht aufhalten, sagte Tjarks. Die insgesamt 25 Verfahren wurden zu neun Klagen gebündelt, von denen drei erledigt seien. In den verbleibenden sechs Fällen würde noch verhandelt mit dem Ziel eines außergerichtlichen Vergleichs. Mit drei Parteien seien die Gespräche »weit fortgeschritten«. Zu den anderen drei Verfahren sagte Tjarks nichts. Prognosen zum Ende der Verhandlungen wollte er nicht abgeben.

Mal eben den Stadtteilbeirat aufgelöst

Von Michael Joho

Das hat es in Hamburg noch nicht gegeben: Da setzt die im Bezirk Hamburg-Mitte »regierende« konservative Deutschlandkoalition aus SPD, CDU und FDP mal eben den Stadtteilbeirat St. Georg außer Kraft. Nicht irgendeinen Beirat, sondern den »ältesten und gut besuchtesten Stadtteilbeirat in Hamburg« (»Hamburger Abendblatt, online vom 2.2.2023, www.abendblatt.de/hamburg/article237531709/st-georg-bezirk-will-aeltesten-stadtteilbeirat-hamburgs-neu-aufstellen.html).

Auf das Jahr 1979 geht dieses Beteiligungsgremium zurück, das als erster Sanierungsbeirat in Hamburg gestartet war und in St. Georg über viele Jahre hohes Ansehen genoss. Als dieser ursprüngliche Beirat nach zehn Jahren abgeschafft werden sollte, angeblich wegen Auslaufens des Sanierungsgebietes (das tatsächlich noch mehr als zehn Jahre weiter existierte) – kam es zu einem massiven Protest von rund 250 BürgerInnen. Den konnte auch der damalige Erste Bürgermeister Henning Voscherau nicht entkräften, er war für ein hohles Dankeschön des Senats an diesem 28. Februar 1989 extra angereist. Noch auf der Versammlung knickte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Siegfried Bars, ein und verkündete, dass es statt des Sanierungsbeirats einen Stadtteilbeirat für ganz St. Georg geben würde. Ich erinnere noch seinen Satz, »ich habe verstanden«! Der 28. Februar 1989 war damit die Geburtsstunde des ersten Stadtteilbeirats in Hamburg.

Der zweite Versuch der Auflösung des Beirats St. Georg

Der nächste Angriff auf dieses Gremium erfolgte ab Anfang 2013, als St. Georg aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) ausscheiden sollte. Keine RISE-Förderung, kein Beirat, keine Bürger:innenbeteiligung, das war die einfache, ebenso fatale wie aus der Zeit gefallene Haltung sowieso von FDP und CDU, aber leider auch der SPD. Angestrebt wurde nun, den immer wieder kritisch aufgetretenen Beirat in kleinen Schritten abzuwickeln, zunächst von jahrzehntelang abgehaltenen zehn auf fünf Beiratssitzungen im Jahre 2014, ab 2015 sollte er dann durch »selbsttragende Strukturen« ersetzt werden, also ohne finanzielle Zuwendungen, professionelle Moderation und Beteiligung des Bezirksamtes auf den Zusammenkünften auskommen. Auf der letzten Sitzung des Beirats unter alten Bedingungen am 26. November 2013 kamen erneut 180 BesucherInnen zusammen und verliehen ihrem Unmut lautstark Ausdruck. Mehr als 700 Unterschriften gegen die faktische Auflösung des Beirats sammelte der Einwohnerverein damals, auch welche vom Bürgerverein, als dessen Vorstand noch nicht von der konservativen SPD-Linie eines Markus Schreiber übernommen worden war. Höhepunkt der Aktionen war dann eine Demonstration zur Bezirksversammlung Hamburg-Mitte am 20. November 2014, mit dabei ein Sarg, darauf die Schriftzüge »Stadtteilbeirat« und »Bürgerbeteiligung«.

Der anhaltende Widerstand, der nicht zuletzt die Solidarität des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte fand, hatte



www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/10/DIE_LINKE_HH_Fraktion_Broschuere_Beteiligung_Mai_2014_Web.pdf

schließlich zur Folge, dass das St. Georger Beteiligungsgremium – wenn auch eingeschränkt – fortgeführt werden konnte. Dafür hatte der Bezirk eigens ein zwar mageres, aber immerhin ein Konzept zur Verstetigung einiger Beiräte nach Wegfall der RISE-Förderung beschlossen. Seitdem werden mehrere dieser Beiräte aus Mitteln des Quartiersfonds finanziert, was allerdings jedes Jahr neu beantragt und beschlossen werden muss(te) – von einer vom Netzwerk geforderten Institutionalisierung der Säulen der Stadtteildemokratie also keine Spur. Der größte Beirat – wir hatten damals statt der vorgesehenen zwölf Stimmberechtigten mit Blick auf die enorme Vielfalt an Einrichtungen und Initiativen im Hauptbahnhofviertel achtzehn Plätze durchgesetzt und tagten regelmäßig mit 50 bis 100 TeilnehmerInnen – traf sich zunächst noch sechsmal im Jahr und wurde dann ab 2018 auf lediglich fünf Sitzungen runtergefahren. Weder sechs noch fünf Zusammenkünfte sind der enormen Gemengelage an Problemen allerdings jemals gerecht geworden ist. Alljährlich forderte der Beirat die Ausweitung wieder auf zehn Sitzungen. Vergeblich.



Das Einladungsplakat zur vorerst letzten Stadtteilbeiratssitzung am 30. November 2022

Und nun also der dritte Anlauf

Erneut wird nun die Zerschlagung des bisherigen Beirats von der SPD/CDU/FDP-Koalition im Bezirk Mitte betrieben, es geht darum, den kritischen, selbstbewussten Stadtteilbeirat St. Georg aufzulösen oder wenigstens gefügig zu machen. Dem vor Jahren geschassten Bezirksamtsleiter und hernach Bürgerschaftsabgeordneten Markus Schreiber, erst vor wenigen Jahren nach St. Georg gezogen und quasi sofort zum Vorsitzenden des Bürgervereins gewählt, war schon vor einem halben Jahr aus der Feder geflossen, worum es im Kern geht. O-Ton Schreiber in den Bürgervereins-»Blättern aus St. Georg« 7/2022, Überschrift »Vom Hauptproblem des Stadtteilbeirates«: »Die Bevölkerung des Bezirks Hamburg-Mitte hat in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte einer sogenannten »Deutschlandkoalition« die Mehrheit gegeben, also einer Koalition aus SPD/CDU und FDP. Das muss man nicht toll finden, aber es ist das Ergebnis einer demokratischen Wahl. Im Stadtteilbeirat St. Georg gibt es allerdings eine Gruppierung, angeführt von Vertreterinnen und Vertretern der Partei »DIE LINKE«, die diese demokratische Wahl und damit die Mehrheit nicht akzeptiert, sondern stattdessen ihre Positionen im City-Ausschuss bzw. der Bezirksversammlung durchsetzen möchte. Dort hat die Fraktion »DIE LINKE« allerdings keine Mehrheit und bleibt insofern häufig erfolglos. Das ist in einem demokratischen System so und lässt sich erst bei der nächsten Wahl durch die Bevölkerung ändern. **Bis dahin sollten diese Mehrheitsverhältnisse akzeptiert und nicht immer wieder infrage gestellt werden.**«

Im Klartext, die Menschen in St. Georg, die Stimmberechtigten und BesucherInnen des Stadtteilbeirats sollen gefälligst keine Antragsempfehlungen aussprechen, die den Positionen der konservativen Mehrheit in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte widersprechen könnten. Genau so anpasserisch haben sich übrigens regelmäßig die SPD-Mitglieder im Beirat verhalten. Was den Beschlüssen der Deutsch-



Auf einer Beiratssitzung in Vor-Corona-Zeiten (Foto: U. Gehner)

landkoalition widersprach oder dort absehbar auf Widerspruch stoßen würde, wurde von ihnen vorausseilend lieber gleich abgelehnt. Stadtteilbelange waren da im Zweifelsfall nachrangig, Hauptsache der Bezirk würde nicht mit unangenehmen oder unliebsamen Forderungen konfrontiert. Und so blieben die SPD- und das eine CDU-Mitglied im Beirat oftmals in der Minderheit und ärgerten sich schon deswegen seit Jahr und Tag.

Noch einige Nachträge zu der *vordemokratischen* Position von M. Schreiber, der nie begriffen oder akzeptiert hat, dass Beiräte sich als unabhängige Vertreter:innen ihres Stadtteils verstehen – und nur so Bürger:innenbeteiligung von unten überhaupt sinnvoll erscheinen lassen. Nicht von Bezirksamts- oder Bezirkspolitiker:innen, sondern aus eigenem Antrieb und mit den Themen, die aus dem Quartier gewünscht und formuliert werden. By the way, bei der letzten Bürgerschaftswahl im Februar 2020 hatten die GRÜNEN (34,9 %) und die LINKEN (15,0 %) in *St. Georg* eine absolute Mehrheit errungen. Das sollte die Mehrheit in der Bezirksversammlung Mitte, speziell auch Markus Schreiber, akzeptieren, dass hier anders argumentiert und entschieden wird, als es der Deutschlandkoalition in den Kram passt.

Der Stadtteilbeirat *St. Georg* ist per Beschluss am 31. Januar 2023 von SPD, CDU und FDP im Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte ohne jede Ankündigung und ohne jede Diskussion im Beirat selbst für aufgelöst erklärt, die nächsten Sitzungen am 22. Februar selbstherrlich abgesagt worden. In dem betreffenden Beschluss (Drs. 22-3516 vom 30.1.2023) ist euphemistisch von einer »Neuausrichtung« zu lesen, und zwar so:

- a) Der Stadtteilbeirat *St. Georg* mit seinen bisher 18 stimmberechtigten Mitgliedern soll auf 12 beschnitten werden, angeblich um eine höhere Repräsentativität zu erzielen.
- b) Es müsste zukünftig eine »Konzentration auf Aufgaben in der Stadtentwicklung« erfolgen. Könnte das heißen, dass »die Neubenennung eines Weges in *St. Georg*, Forderungen gegen die Mietenexplosion und Verdrängung in *St. Georg*, die Aufstellung gegen den Rauswurf von Ladeninhaber:innen in *St. Georg*, Vorschläge zur Energieeinsparung in *St. Georg*, die Wiederinbetriebnahme einer großen Uhr in *St. Georg*, konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit in *St. Georg*, Forderungen nach Erhalt eines antifaschistischen Wandgemäldes in *St. Georg* oder Proteste gegen die drohende Abrissgenehmigung eines Wohnhauses in *St. Georg* zukünftig nicht mehr zur Arbeit des Stadtteilbeirats« gehören? So zumindest die rhetorische Formulierung einer Kleinen Anfrage von Heike Sudmann, die in den kommenden Tagen vom Senat beantwortet wird. Übrigens handelt es sich bei den Themen um genau die Anträge, die vom Einwohnerverein im vergangenen Jahr im Stadtteilbeirat eingebracht und durchweg mit großer Mehrheit angenommen worden sind.
- c) Und dann soll es in Zukunft angeblich um die »Stärkung von Eigeninitiative und selbsttragenden Strukturen« gehen – gerade im initiativenreichen *St. Georg* ist diese

**Der Einwohnerverein
lädt ein:**

**Protest gegen
die Auflösung
und
Perspektiven
für den Stadt-
teilbeirat
St. Georg**

**Mittwoch, 22. Februar
18.30 Uhr**

**PAULA der
Heinrich-Wolgast-Schule am
Carl-von-Ossietzky-Platz**

Aus: Der lachende Drache 2/2023 (https://ev-stgeorg.de/wp-content/uploads/2023/02/LD_369_web.pdf)

Formulierung nur einen Lacher wert, andererseits klingt hier aber womöglich auch durch, dass die Bezirksgranden Geld in der Beiratsarbeit einsparen möchten.

d) Klar ist schon mal, dass es in diesem Jahr maximal noch zwei Sitzungen des zurechtgestutzten Beirätchens geben soll.

Der Protest (nicht nur) in *St. Georg* ist groß, wie der Stadtteilzeitung »Der lachende Drache« und den diversen Solidaritätstelegrammen auf der Website www.ev-stgeorg.de zu entnehmen ist. Für den 22. Februar lädt der Einwohnerverein zu einer Protestversammlung ein, auch Interessierte und Beiratsmitglieder aus anderen Quartieren, um diesen Angriff auf eine der Bastionen der Bürger:innenbeteiligung gemeinsam zurückzuweisen.

P.S.: In seiner Stellungnahme zu den Ereignissen in *St. Georg* hat das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte erklärt, dass »eine dermaßen eklatante Einflussnahme in die Strukturgebung und personelle Zusammensetzung einzelner Beiräte, im Falle von *St. Georg* bis hin zu einer Auflösung der bisherigen Beiratsstruktur, euphemistisch umschrieben als Aussetzung bzw. Neuausrichtung, ein völlig inakzeptabler Eingriff in die Autonomie der Beiräte und unserer Kenntnis nach einmalig im Verhältnis zwischen Beiräten und Bezirkspolitik (ist)« (vollständig nachzulesen auf der Website www.ev-stgeorg.de).

Tipps und Termine

Wir hatten uns ja vor einiger Zeit vorgenommen, an den Anfang dieser Rubrik regelmäßig eine Mitteilung zum Thema Klimakatastrophe und zur Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation zu machen. Hier gibt es nun die Empfehlung, sich einem von **»Brot für die Welt«** **Fußabdrucktest** zu stellen: www.fussabdruck.de/fussabdrucktest/#/start/index/. Der kleine Durchgang durch die Lebensbereiche Essen, Wohnen, Konsum und Mobilität ist nett animiert und bietet »Zwischenergebnisse«, das individuelle Ergebnis dagegen dürfte für viele eher ernüchternd ausfallen. »Am Ende erscheint Dein persönlicher, ökologischer Fußabdruck in globalen Hektar (gha) und seine Bewertung. Dort erhältst Du auch Tipps, wie Du Deinen Fußabdruck verkleinern kannst. Viel Spaß!«



In den globalen Zusammenhang, dem wir uns lokal ja nicht entziehen oder besser noch stellen sollten, gehören auch die großen Nachrichten aus der Geschichte. Nehmen wir für den BB im Februar diese: Laut Untersuchung des Wirtschaftsanthropologen Jason Hickel und des Co-Autors Dylan Sullivan soll der **britische Kolonialismus alleine zwischen 1880 und 1920 zu rund 165 Millionen Toten in Indien** geführt haben, weit mehr als im I. und II. Weltkrieg zusammen. Kaum glaublich, aber wer die Berechnung nachvollziehen möchte, schaut hier: www.nachdenkseiten.de/?p=91937#more-91937.



Im Januar ist die **neue Ausgabe des stadtpolitischen Magazins »Común«** erschienen. Darin schreiben Menschen aus dem Umfeld der bundesdeutschen Recht-auf-Stadt-Bewegung. Gestartet war das ambitionierte Projekt 2019 noch mit einer Printausgabe, die aktuelle siebte Nummer erscheint erstmals nur noch im Onlineformat, die Artikel sind **kostenfrei herunterzuladen**, eine Spende ist aber erwünscht: <https://comun-magazin.org/inhaltsverzeichnis-comun-07>. »Apropos Inhalte: In Común #7 geht es diesmal schwerpunktmäßig um das **Thema »Wohnen – Es geht auch anders«**. Hier gibt es eine ganze Menge Ideen, Ansätze, Strategien und praktische Beispiele, von denen hier einige vorgestellt werden: Wenn vereinzelt eingesetzte kommunale Instrumente (Beispiel Hamburg) nicht wirklich gegen Verdrängung wirken, wie könnte dann eine grundlegend andere Wohnungspolitik aussehen? Ist Re-Kommunalisierung (Beispiel Berlin) wirklich DIE Lösung oder braucht es nicht eher eine Strategie zur Vergesellschaftung von Wohnraum? Zwei Beispiele aus Frankfurt a. M. und aus Leipzig zeigen, wie die kommunale Unterstützung zivilgesellschaftlicher Netzwerke das Entstehen von Wohnprojekten fördern kann – und welche Schwierigkeiten bleiben. In einer Reflexion von 30 Jahren Erfolgsgeschichte des Mietshäuser Syndikats, zeichnen die im Syndikat aktiven Autor:innen nach, wie das Syndikat mit seinen inzwischen 180 Projekten »nebenbei« an politischem Einfluss gewonnen hat.«



Und immer wieder die weiter aufgehende Arm-Reich-Schere: Nehmen wir die Mitglieder DAX-notierter Unternehmen, sie bezogen im Jahresdurchschnitt 2021 Gehälter von 3,9 Millionen Euro. Laut Statistischem Bundesamt verdienten Vollzeitbeschäftigte im gleichen Jahr dagegen durchschnittlich nur 49.200 Euro, d. h. pro Monat 4.100 Euro brutto. Damit haben die **DAX-Vorstände** in diesem Jahr den – wen wundert's – nicht offiziellen **Tax Day** bereits **am 5. Januar** erreicht: **Nach genau 4,61 Tagen haben diese Ab-sahner:innen bereits so viel verdient, wie Arbeit-nehmer:innen in einem ganzen Jahr.**



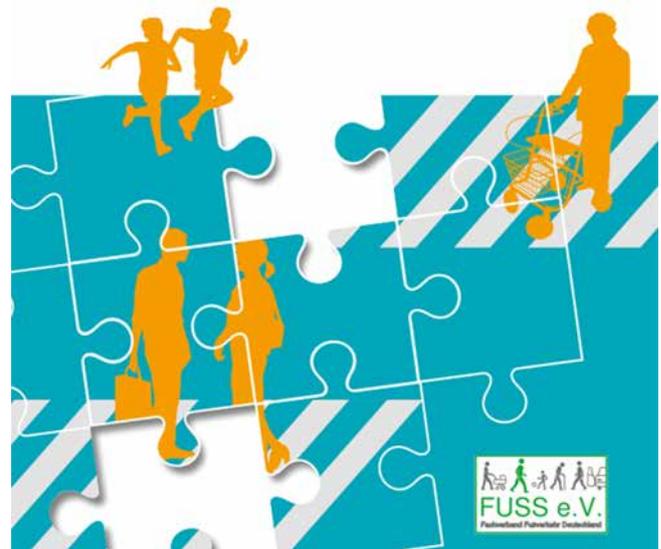
Zur Ehrenrettung anderer **Spitzenverdiener:innen in Hamburg** sei angefügt, dass SAGA-Chef Thomas Krebs »nur« mit 343.000 Euro im Jahr nach Hause geht, während die neue Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein ihr Gehalt von rund 170.000 bei der Projektentwicklungsgesellschaft IBA Hamburg auf etwa 212.000 Euro aufstocken konnte (*Hamburger Abendblatt*, online vom 29.11.2022, www.abendblatt.de/hamburg/article237032655/diese-stadt-manager-verdienen-mehr-als-der-buergermeister-verguetung-hamburg.html). Zum Leben dürfte es reichen.

Mit kleinen Schritten Großes bewirken, so lautet der Titel einer neuen Publikation des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. Die 24-seitige **Broschüre** weist mit vielerlei Beispielen auf eine **fußverkehrsfreundliche Stadt** und unterstützt damit die lobbymäßig schwächste Gruppe in der Mobilitätsdebatte. Das Material kann aus dem Netz kostenlos heruntergeladen werden (<https://fuss-ev.de/?view=article&id=872:broschuere-mit-kleinen-schritten&catid=21>).

In Sachen hinkender Mobilitäts- und sozial-ökologischer Wende sei nur mal kurz angemerkt, was das von

Mit kleinen Schritten Großes bewirken

Wege zur fußverkehrsfreundlichen Stadt



Sozialist:innen und Linksalternativen regierte **Spanien** in der gegenwärtigen Krise so macht: die Grundnahrungsmittel mehrwertsteuerfrei, Mieterhöhungen bei 2 Prozent gedeckelt, **kostenlose Nutzung der Nahverkehrsmittel durch Pendler:innen** (*Taz*, online vom 27.12.2022, <https://taz.de/Hilfspaket-der-spanischen-Regierung/!5901382>). Geht doch.

Durch die Medien jagte in den vergangenen Wochen mehrmals die Nachricht, dass **in ärmeren Hamburger Stadtteilen öfters hvv-Kontrollen** stattfänden als in betuchteren Quartieren. Das Janze geht zurück auf Aktionen vor Ort und zwei Kleine Anfragen, die Heike Sudmann an den Senat gerichtet hatte (Drs. 22/10420 vom 23.12.2022, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/82218/stehen_veddeler_innen_beim_hvv_unter_dem_generalverdacht_der_leistungserschleichung.pdf, sowie die Drs. 22/10624 vom 20.1.2023, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/82443/hvv_kontrollen_unverhaeltnismaessig_of_t_in_aermeren_stadtteilen.pdf). So finden vor allem in Wilhelmsburg und auf der Veddel wesentlich häufiger Kontrollen statt als in größeren Bus- und Bahnstationen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Der traurige, aber auch wütend machende **Tod einer Radfahlerin, verursacht durch einen rechtsabbiegenden Lkw**, am 30. Januar in der Hafencity hat erneut zu Forderungen nach Konsequenzen für den Verkehr gesorgt. Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (**ADFC**) fordert **konkrete Sofortmaßnahmen** für die betreffende Kreuzung in der Hafencity (<https://hamburg.adfc.de/>):

- Haltelinie für Radfahrende 5 Meter vor die Haltelinie von Kfz- und Lkw-Fahrer:innen setzen: Dadurch rückt der Radverkehr beim Warten an der Ampel ins Sichtfeld auch von Lkw-Fahrer:innen.
- Breiten (geschützten) Radfahrstreifen auf der Magdeburger Brücke statt des bisherigen schmalen »Schutzstreifens«, dafür Wegfall des untermaßigen Rechtsabbiegestreifens. So wird zu enges Überholen unterbunden und der Abstand zwischen Lkw und Radfahrenden vergrößert, was zu mehr Reaktionszeit für die Verkehrsteilnehmer:innen beim Abbiegevorgang führt, bei dem jede Sekunde zählt.
- Verringerung des Kurvenradius', z. B. durch eine kleine Verkehrsinsel, die zwischen den rechtsabbiegenden Kfz und rechtsabbiegenden Radler*innen in der Kreuzung liegt und somit ein Schneiden beim Rechtsabbiegen verhindert.

Und grundsätzlich für alle größeren Kreuzungen in Hamburg:

- Mehr Platz und Sicherheit für Radverkehr: Sogenannte Schutzstreifen bieten wegen ihrer viel zu geringen Breite keinen Schutz und führen in der Praxis häufig zu Überholvorgängen ohne Sicherheitsabstand,
- sofortige rote Einfärbung aller Kreuzungsbereiche mit Schnittstellen zwischen den verschiedenen Verkehrsarten,
- verpflichtende Abbiegeassistenten: Lkws ohne Assistenzsysteme dürfen nicht in der Stadt gefahren werden.
- Konsequente Kontrollen und Sanktionierung des Abbiegeverhaltens: Die wenigsten Lkw-Fahrer:innen halten sich an die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit von 5 bis 10 km/h beim Rechtsabbiegen.
- Verbesserung der Verkehrssicherheit an Baustellen, Einholung der Expertise von Vertreter*innen des Fahrradclubs vor Ort bei komplexen, lang andauernden Baustellen.



Mahnwache in der Hafencity (Foto: ADFC Hamburg)

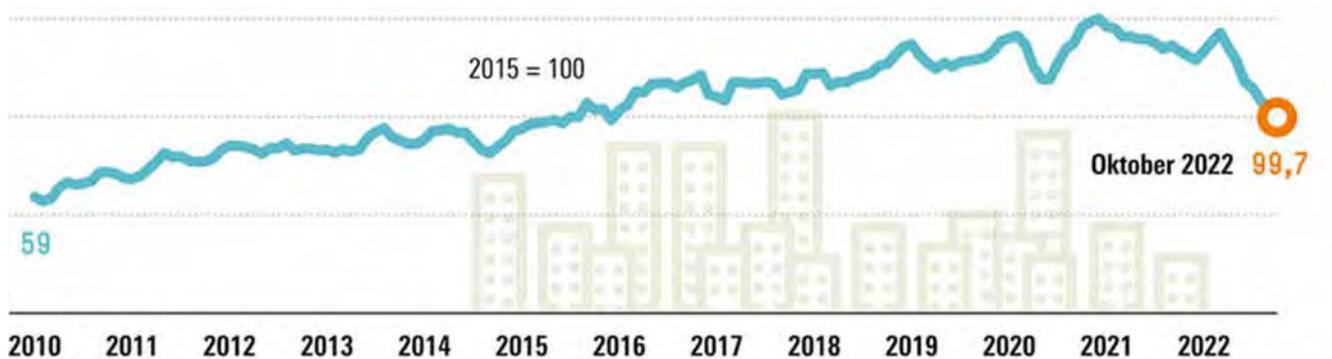
Vielleicht nicht gerade klammheimlich, doch anders als in den Vorjahren ohne öffentliche Ankündigung ist im November 2022 der neue **Wohnungsbaubericht Hamburg 2021** ins Netz gestellt worden. Vielleicht hing dies damit zusammen, dass die Bilanz der kurz danach ausgestiegenen Senatorin Dorothee Stapelfeldt für die letzten ein, zwei Jahre nicht eben positiv war?! Das 36seitige Material präsentiert jedenfalls allerhand wichtige wohnungspolitische Daten mit Stand von Ende 2021 und ist für den entsprechenden Diskurs unverzichtbar: www.hamburg.de/contentblob/16735902/8b045f0654508468f0b02353a82c60ec/data/d-wohnungsbaubericht-2021.pdf.



Am 8. Dezember 2022 hatte sich der **Stadtentwicklungsausschuss** der Hamburgischen Bürgerschaft den Komplex **Baukosten, Lieferengpässe usw. im Wohnungsbau** vorgenommen. Die Unterlagen – bestehend aus dem Wortprotokoll der Debatte sowie den Folien eines höchst interessanten Vortrages zu

Ende des Baubooms

So entwickelten sich die Auftragseingänge im Wohnungsbau ...



Hans Böckler Stiftung

Aus dem »Böckler-Impuls« Nr. 2/2023 (www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-jetzt-freie-kapazitaeten-nutzen-46507.htm)

den »Hamburger Baukosten 2022« und der neuen »Förderrichtlinie zur Heizungsoptimierung in bestehenden Wohngebäuden« – sind mittlerweile im Netz eingestellt worden und finden sich hier: www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/82269/protokoll_wortprotokoll_der_oeffentlichen_sitzung_des_stadtentwicklungsausschusses.pdf.

400.000 Wohnungen (darunter 100.000 Sozialwohnungen) pro Jahr hatte uns die Bundesregierung 2021 versprochen, 2022 sind es wahrscheinlich gerade

mal 280.000 geworden, im laufenden Jahr rechnet der Gesamtverband der deutschen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (GdW) bestenfalls noch mit **maximal 260.000 Fertigstellungen**, Tendenz weiter abnehmend. Der Mieterbund sieht die Wohnungsnot vor diesem Hintergrund am Anwachsen und warnt vor »dramatischen Verwerfungen auf dem Mietmarkt«. Eine der Ursachen: die Verhinderung eines Kündigungsmoratoriums in Krisenzeiten und der Kampf gegen die ausufernden Indexmieten durch **Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP)**.

WOHNUNGSBAUBILANZ DER LETZTEN 10 JAHRE

- Wohnungen genehmigt (31.12.2022) 120.007
- Wohnungen gebaut (31.12.2021) 80.921
- Gebaute Geschosswohnungen (31.12.2021) 60.998
- Geförderte Wohnungen bewilligt (1./2. Förderweg; 31.12.2022) 30.002
- Geförderte Wohnungen fertiggestellt (1./2. Förderweg, 31.12.2022) 24.895



Für Hamburg musste die neue Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein auf einer Pressekonferenz zum **Wohnraumförderprogramm** am 31. Januar eingestehen, dass insbesondere der geförderte Wohnungsneubau weiter rückläufig ist. Statt der angestrebten 3.000 Wohneinheiten sind es nur 2.430 geworden, und davon auch nur 1.986 im 1. Förderweg (und 444 im 2. Förderweg). Besonders enttäuschend sind die Zahlen bei der SAGA. Sie konnte im vergangenen Jahr lediglich 952 Neubauwohnungen übergeben, davon 897 im geförderten Mietwohnungsbau – anvisiert sind seit 2017 alljährlich 2.000 neue Wohnungen! Immerhin, die Wohnraumförderung soll angesichts dieser Zahlen deutlich anwachsen, der Förderbarwert von 444 Mio. Euro (2022) auf 740 Millionen (2023) bzw. 779 Mio. (2024). Mehr dazu in der Pressemitteilung der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen unter www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/16863132/2023-01-31-bsw-bilanz-wohnraumfoerderung-2022. Aus dieser Quelle stammt auch die Grafik auf der Vorseite.

Zu den wohnungspolitischen Negativschlagzeilen der letzten Monate gehören auch Nachrichten über die jüngste Mietentwicklung. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) meldete Mitte Januar, dass die Mieten »schneller steigen als bisher bekannt«. Im III. Quartal 2022 sind laut IW die **Mieten in Hamburg gegenüber dem Vorjahresquartal um 4,3 % gestiegen und um 3,8 % im Durchschnitt der letzten drei Jahre** (also um gut 11 %), Tendenz also wieder zunehmend (www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/michael-voigtlaender-wo-die-mieten-steigen-und-wo-sie-fallen.html). Aber was sind diese Daten schon gegenüber der Inflationsrate von durchschnittlich 7,9 % im vergangenen Jahr und von 8,7 % im Januar 2023? Ganz abgesehen von den Nahrungsmittel- und Energiepreisen, die laut

Statistischem Bundesamt für die Verbraucher:innen in 2022 um 20,7 bzw. 24,4 % explodiert sind (www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html).

Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses BB stehen **in Berlin die Wiederholungs-Wahlen** zum Abgeordnetenhaus und in einigen Bezirken auch zur Bundestagswahl unmittelbar bevor. Unabhängig von den Wahlergebnissen merken wir uns für die neue Zusammensetzung mal dieses: »Die Initiative Deutsche Wohnen und Co enteignen bietet **einen Wahl-O-Mat** an, der zeigt, wie die Kandidaten zur Enteignungsfrage stehen. Fazit: Alle 24 Mitglieder der Linken im Abgeordnetenhaus sind **für Enteignungen** [von Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohneinheiten; die Red.], bei den Grünen 28 von 32, bei der SPD nur 9 von 36. Bausenator Geisel und die Regierende Bürgermeisterin Giffey (SPD) waren beim Wahl-O-Mat nicht dabei, sind aber gegen Enteignung« (<https://taz.de/Mietenwahnsinn-in-Berlin!/5910979/>). Vor Ort hat die Volksinitiative »Hamburg enteignet« inzwischen fast 12.000 Unterschriften gesammelt.

Für die anhaltende Enteignungsdebatte hat die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** jüngst eine **Broschüre** mit dem Titel **Vergesellschaftung senkt die Miete** vorgelegt. Auf 24 Seiten gehen Matthias Bernt und Andrej Holm den sozialen Effekten einer möglichen Vergesellschaftung von Wohnungen in Berlin nach (www.rosalux.de/publikation/id/49757/vergesellschaftung-senkt-die-miete). Was wäre, wenn Rot-Rot-Grün (wieder) mit einer Stadtentwicklungssenatorin der LINKEN weitermachen könnte und der Volksentscheid Deutsche Wohnen enteignen umgesetzt würde – die Autoren der Studie haben schon mal vorgerechnet:

Tabelle 2: Mietentlastungseffekt nach Vergesellschaftung

Unternehmen	Wohnungsbestand in Berlin (2021)	durchschnittl. Wohnungsgröße in m ²	durchschnittl. Bestandsmiete je m ² (2021)	Absenkung je m ² auf ...	Differenz je m ²	Entlastung pro Wohnung/ Monat
Adler/ADO	19.830	69	8,71 EUR	6,39 EUR	2,32 EUR	159,88 EUR
Grand City Properties	8.025	72	8,70 EUR	6,39 EUR	2,31 EUR	166,11 EUR
Heimstaden/Akelius	18.577	64	9,36 EUR	6,39 EUR	2,97 EUR	189,87 EUR
Vonovia	45.838	64	7,10 EUR	6,39 EUR	0,71 EUR	45,26 EUR
Deutsche Wohnen	113.202	59	7,15 EUR	6,39 EUR	0,76 EUR	44,67 EUR
Covivio	16.711	68	8,20 EUR	6,39 EUR	1,91 EUR	122,89 EUR
Gesamt	222.183	63	7,63 EUR	6,39 EUR	1,24 EUR	78,02 EUR

Überhaupt, die **Berliner LINKE**. Zwei Papiere sollen hier kurz Erwähnung finden. In einer längeren »Nachricht« vom 30. Dezember letzten Jahres hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung einige wichtige Aspekte der (Berliner) Stadtentwicklungspolitik zusammengestellt. **Kommunal bauen, bezahlbar wohnen**, lautet die Maxime. www.rosalux.de/news/id/49749/kommunal-bauen-bezahlbar-wohnen. Die entscheidende Neuorientierung findet sich in dem am 18. Januar vorgelegten **kommunalen Wohnungsbauprogramm**: »Die Neubauaktivitäten der landesweiten Wohnungsunternehmen (LWU) sollen in einem neuen kommunalen Projektentwickler gebündelt werden, als gemeinsamer Dienstleister der sechs landeseigenen Gesellschaften. Statt einen Anteil von Sozialwohnungen aus Überschüssen aus der Bestandsbewirtschaftung und durch teure frei finanzierte Wohnungen quer zu finanzieren, schaffen wir durch die direkte Zuführung von Eigenkapital künftig ausschließlich bezahlbare Wohnungen im kommunalen Neubau. Dafür stellen wir jährlich bis zu 1 Milliarde Euro bereit und passen die Summe ggf. an die Entwicklung der Baukosten sowie den Neubaubedarf an« (<https://dielinke.berlin/kommunales-wohnungsbauprogramm-2023>).



Von der RLS-Homepage www.rosalux.de/news/id/49749/kommunal-bauen-bezahlbar-wohnen

Im Rahmen der von der **Hamburgischen Architektenkammer** organisierten Veranstaltungsreihe **Plan N – Beispielhaftes Nachhaltiges Bauen in Deutschland** stehen noch zwei Termine aus. Am **Donnerstag, den 16. Februar**, referiert Prof. Dr. Rieke Hansen (Hochschule Geisenheim) über **Klimaangepasste Freiräume. Es geht um Stadtgrün und Biodiversität in verschiedenen, beispielgebenden Städten**. Eine Woche später, am **Donnerstag, den 23. Februar**, stellt Prof. Almut Grüntuch-Ernst unter dem Titel **Umnutzung** herausragende Umbau- und Nachverdich-

tungsprojekte mit minimalem CO₂-Ausstoß vor. Beide Vortragsveranstaltungen finden in der Freien Akademie der Künste (Klosterwall 23) statt und beginnen um 18.00 Uhr, der Eintritt beträgt 5 Euro. Mehr Infos unter www.akhh.de/aktuell/veranstaltungen/.

Der Verein Prellbock Altona e. V., der sich seit langem für den Erhalt des Bahnhofs Altona an seiner gewohnten Stelle, mithin gegen die Diebsteich-Verlagerung einsetzt, lädt für **Mittwoch, den 22. Februar**, zur Veranstaltung **VET- Verbindungsentlastungstunnel oder 2. Schienenebquerung?** ein. Es geht einmal mehr um die Zukunft der beiden genannten Orte. Auf dem Podium: Carsten Hein (Bahn-Fachingenieur), Stefan Barkleit (Pro Bahn Hamburg), ein:e Vertreter:in des VCD sowie Michael Jung und Dieter Barkow (Prellbock Altona). Die Debatte beginnt um 19.00 Uhr im Großen Saal der W3 International (Nernstweg 32). Mehr unter www.prellbock-altona.de.



Der noch junge **Verein Altstadt für alle! e. V.** lädt für **Samstag, den 25. Februar**, ein zu einer **Zukunftswerkstatt** zwecks Entwicklung konkreter Projekte zur nachhaltigen Belebung der Hamburger Innenstadt. Die Veranstaltung findet von 14.00 bis 18.00 Uhr im AIT-ArchitekturSalon (Bei den Mühlen 70) statt, die Anmeldung ist zu richten an hamburg@ait-architektur-



Von der Homepage des Vereins <https://www.altstadt fuer alle.de/>

salon.de.

Und den nächsten **Globalen Klimastreik** können sich Sympathisant:innen im Kalender auch schon mal notieren. Er findet, wiederum organisiert von **Fridays for Future**, am **Freitag, den 3. März**, statt, beginnend um 13.00 Uhr auf dem Jungfernstieg.

Ein Schwerpunkt wird dieses Mal der Protest gegen 850 Kilometer neuer Autobahnen sein, darunter die Stadtautobahn A26-Ost quer durch Hamburg-Mitte.



Von der Homepage von Fridays for Future (www.facebook.com/fridays-forfuturehh)

Materialien, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen vom Feinsten, das bietet die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS). Nehmen wir hier nur mal beispielhaft einige Termine aus dem Programm der Hamburger RLS in den kommenden Wochen auf. Mehr unter <https://hamburg.rosalux.de/>.

Samstag | 18. Februar 2023 | 12 bis 17:00 Uhr

Zusammen lesen: Simone de Beauvoir

»Das andere Geschlecht« – die Befreiung der Frauen von männlicher Herrschaft

Seminar mit **Effi Böhlke**, wissenschaftliche Referentin der RLS

Anmeldung erforderlich | Gängeviertel

Donnerstag | 2. März 2023 | 19 Uhr

Reihe: Zeit für Veränderung: Besteuerung im Krisenzeitalter (1/3)

Die Entstehung von Steueroasen

Wir zeigen den Dokumentarfilm »The Spider's Web: Das Zweite Britische Empire« und diskutieren im Anschluss mit dem britischen Autor und Journalisten **Nicholas Shaxson**

W3_Werkstatt für internationale. Kultur und Politik | Nernstweg 32–34

Donnerstag | 16. März 2023 | 19 Uhr

Reihe: Zeit für Veränderung: Besteuerung im Krisenzeitalter (2/3)

Ende des internationalen Steuerwettbewerbs durch die OECD-Mindeststeuer?

Vortrag und Diskussion mit **Prof. Dr. Uwe Wagschal**, Politikwissenschaftler Uni Freiburg

W3_Werkstatt für internationale. Kultur und Politik | Nernstweg 32–34

Samstag | 25. März 2023 | 10 bis 19 Uhr und Sonntag | 26. März | 10 bis 16 Uhr

Einführung in Eric Hobsbawms

»Das Zeitalter der Extreme«

Seminar mit **Dr. Marcel Bois** und **Heinz Hillebrand**, beide Historiker

Anmeldung erforderlich

Donnerstag | 30. März 2023 | 19 Uhr

Reihe: Zeit für Veränderung: Besteuerung im Krisenzeitalter (3/3)

Übergewinnsteuer: Umverteilung in der Krise

Diskussion mit **Raoul Didier**, Referatsleiter für Steuerpolitik des DGB-Bundesvorstand; **Dr. Sarah Godar**, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der EU Tax Observatory; **Karl-Martin Hentschel**, Autor, engagiert bei ATTAC u. Netzwerk Steuergerechtigkeit; **Christoph Trautvetter**, Politikwissenschaftler, Public-Policy-Experte und Referent des Netzwerks für Steuergerechtigkeit.

W3_Werkstatt für internationale. Kultur und Politik | Nernstweg 32–34

Sternbrücke bleibt!

Von Andreas Beuth, Freundeskreis Sternbrücke

Wir danken für die Genehmigung zur Aufnahme des Redebeitrages, am 9. Februar gehalten auf der Kundgebung an der Brammerfläche gegen den Beginn der Bauarbeiten rund um die Sternbrücke.

Liebe Freundinnen und Freunde der schönen alten Sternbrücke,

wir sehen hier den Beginn der Bauarbeiten für die neue Monsterbrücke. Zum 1. Februar 2023 wurde die sogenannte Brammerfläche (bis vor Kurzem gab es hier noch den Central-Park) seitens der Stadt an die Deutsche Bahn übergeben. Die Bahn hat es eilig. Sie kündigte Bodenuntersuchungen vom 6. bis zum 16. Februar 2023 hier auf der Brammerfläche an, um die Erneuerung der Sternbrücke (Monsterbrücke) voranzutreiben. Wir sehen nun, dass diese Arbeiten in vollem Gange sind. Die Brammerfläche soll als Vormontageplatz für die neue Sternbrücke dienen, die hier zusammengebaut und zum Einbauort an der Kreuzung transportiert werden soll. Zuvor soll unsere alte Sternbrücke abgerissen werden.

Die Bodenuntersuchungen und Bohrungen stellen damit den Beginn der Bauarbeiten dar, auch wenn die Bahn in ihrer öffentlichen Ankündigung fadenscheinig behauptet: »Bei diesen Tätigkeiten handelt es sich nicht um den Baustart.« Ja was denn sonst? Wir lassen uns nicht länger täuschen und belügen. Die Arbeiten hier erfolgen im rechtsfreien Raum, ohne dass überhaupt ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss, also eine Baugenehmigung vorliegt. Diese Tätigkeiten hier sind schlichtweg illegal.

Trotz aller Proteste und Einwendungen planen Hamburger Senat und Deutsche Bahn weiterhin, die fast 100 Jahre alte denkmalgeschützte Sternbrücke abzureißen und durch eine überdimensionale Stabbogenbrücke (Monsterbrücke) zu ersetzen. 27 Meter hoch und über 100 Meter lang, ein ästhetischer und architektonischer Schandfleck in unserem Stadtteil.

Dem Senat geht es dabei weniger um die Brücke, sondern um den Ausbau und die Erweiterung der Stresemannstraße, die auch im Kreuzungsbereich vierspurig werden soll. Dabei stören die Pfeiler der jetzigen Brücke, die zu einer Fahr-



Foto: Initiative Sternbrücke auf Facebook

bahnverengung führen. Deshalb sollen die Pfeiler samt Brücke weg.

Im Zuge der Bauarbeiten sollen sieben Altbauten abgerissen, die gewachsene Struktur von Musikklubs und Kulturinstitutionen rund um die Brücke beseitigt und 90 Bäume in der Max-Brauer-Allee gefällt werden, um überhaupt den Transport der Monsterbrücke vom Montageplatz hier auf der Brammerfläche zum Einbauort zur ermöglichen. Vorliegende Alternativvorschläge wurden im Planungsverfahren nicht geprüft. Eine Bürgerbeteiligung fand nicht statt.

Das also ist die Realität rot-grüner Verkehrspolitik unter einem grünen Verkehrssenator Tjarks. Von einer Verkehrswende zu sprechen, ist der blanke Hohn. Wir wollen keine immer weiter motorisierte Stadt, keine Autostadt, wir brauchen mehr öffentlichen Raum für Fußgänger und Radfahrer.

Die Stresemannstraße muss zweispurig werden.

Hände weg von der Sternbrücke!

Sternbrücke bleibt!

»Es gibt eine strukturelle Gefahr für Kurden in Europa«

Interview von Christiane Schneider mit Cansu Özdemir, der Co-Fraktionsvorsitzenden der Hamburger Linksfraktion – wir danken für die Übernahme der Aufzeichnung des Gesprächs, das vor dem katastrophalen Erdbeben Anfang Februar zustande gekommen ist.

Christiane Schneider: Am 23. November 2022 hat ein gezielter Angriff auf die kurdische Community in Paris drei Menschen getötet und viele verletzt. Wer waren die Opfer, und was bedeutet der Mordanschlag in Paris für die kurdischen Communities in Europa?

Cansu Özdemir: Emine Kara war Frauenrechtsaktivistin. Sie war zu diesem Zeitpunkt mit anderen Frauen bei der Vorbereitung einer Veranstaltung. Abdurrahman Kızıl war ein älterer Herr, der schon seit Jahrzehnten in der kurdischen Community aktiv ist. Mir Perwer war ein junger Musiker,



Viele Tausend Menschen demonstrierten am 7. Januar in Paris. Ihr Protest richtete sich gegen den Anschlag vom 23. Dezember und dagegen, dass die Morde an drei kurdischen Aktivistinnen vor zehn Jahren und ihr Hintergrund nicht aufgeklärt wurden (Foto: ANF)

der aus der Türkei geflüchtet ist, Frau und Kind hatte zurücklassen müssen, und der versucht hat, sich hier in Europa ein neues Leben aufzubauen. Tatsächlich ist es nicht das erste Mal, dass es in Paris einen Mordanschlag gab mit mehreren Toten. Am 9. Januar 2013, fast genau zehn Jahre zuvor, wurden drei kurdische Politikerinnen in einem Informationszentrum ermordet. Ein Aktivist hat auf einer Demonstration sehr gut zusammengefasst, was die kurdische Community empfindet: Wir haben gegen den Islamischen Staat gekämpft, damit ihr in Ruhe schlafen könnt – aber ihr konntet nicht mal drei Kurden in Europa schützen.

Die Tat hat ein gerade aus der Haft entlassener Franzose begangen, der sich selbst als extrem rassistisch bezeichnet. Die kurdische Community spricht von einem geplanten Terrorakt wie vor drei Jahren.

2013 wurde die Identität des Täters schnell bekannt gegeben. Dann gab es zwar Ermittlungen, aber der Täter ist dann angeblich an einem Hirntumor gestorben, sodass es nie zu einem Verfahren kam. Es gab genug Belege dafür, dass er ein türkischer Agent war und vom Geheimdienst während eines beginnenden Friedensprozesses nach Frankreich geschickt wurde, um die Morde zu begehen. Heute gibt es viele ungeklärte Fragen, und die kurdische Community will Aufklärung. Es war ein wichtiges Zeichen, dass die Justizministerin vor Ort war und viele hochrangige Politikerinnen und Politiker – auch Macron hat sich geäußert – und dass sie die kur-

dische Community nicht alleingelassen haben. Bitter war für uns, dass Olaf Scholz und Annalena Baerbock sich zwar auf Twitter geäußert haben, aber nicht die Identität der Opfer, ihren kurdischen Hintergrund erwähnt haben. Man ignoriert bewusst, dass es eine strukturelle Gefahr gibt für Kurdinnen und Kurden in Europa.

Nun kommt hinzu, dass Erdoğan mit der Drohung, den NATO-Beitritt von Schweden und Finnland zu verhindern, Druck ausübt und die schwedische Regierung der Erpressung teilweise nachgibt. Im Dezember wurde Mahmut Tat, der 2015 zu fast sieben Jahren Gefängnis wegen »Zusammenarbeit mit der PKK« verurteilt wurde, an die Türkei ausgeliefert.

Bisher war es eigentlich so, dass sich die kurdische Community gerade in diesen Ländern sicherer gefühlt hat als hier zum Beispiel. Deshalb ist diese Entwicklung sehr beunruhigend. Menschen, die nach Schweden oder Finnland flüchten, müssen jetzt Angst haben, ausgeliefert zu werden. Schlimm ist auch, dass man nicht sicher sein kann, ob man von Geflüchteten, die wieder in die Hände der türkischen Justiz gelangen, überhaupt noch einmal hört. Es gibt Fälle, in denen Menschen verschwunden sind.

Zudem werden die Verhältnisse in der Türkei immer repressiver. Es gibt Berichte über Folter, die Vorsitzende der Ärztekammer bleibt inhaftiert, weil sie den Verdacht äußerte, dass die Türkei in Rojava Chemiewaffen einsetzt. Das Verbot der HDP ist vorbereitet.

Deshalb brauchen die Kurden sichere Orte. Das ist eigentlich das Mindeste, nachdem die Kurden gegen den IS gekämpft haben. 14.000 Menschen sind dabei ums Leben gekommen. Sie haben ein großes Opfer gebracht, auch damit Europa sicherer wird.

Welche Rolle spielt der türkische Geheimdienst in Europa?

Der türkische Geheimdienst ist sehr aktiv, gerade in Deutschland. Er stachelt die türkische Community gegen die kurdische auf, vor allem wie jetzt in Wahlkampfzeiten. Erst jüngst hat ein AKP-Abgeordneter in einer Neusser Moschee der Grauen Wölfe den Kurden hier in Europa mit Vernichtung gedroht. Das ist eine konkrete Gefährdung für die Menschen, die aus der Türkei geflüchtet und hier weiterhin politisch aktiv sind. Es gab z.B. hier in Hamburg den Fall, dass ein Geheimdienstler einen konkreten Mordanschlag auf einen kurdischen Politiker geplant und auch eine Liste mit den Namen kurdischer Aktivisten in Norddeutschland mitgeführt hat. Die Sicherheitsbehörden haben nur versucht, alles unter der Decke zu halten. Deshalb können die Kurden auch nicht ernst nehmen, wenn es heißt, dass man sich bei den Sicherheitsbehörden melden sollte. Man kann dort nicht auf Schutz hoffen. Im Gegenteil. Immer wenn die Repression

in der Türkei stärker wird, wird sie auch hier stärker. Es gibt z.B. Urteile von verschiedenen Verwaltungsgerichten, dass die Fahnen der YPG und YPJ [Volksverteidigungseinheiten in Rojava, die Red.] nicht verboten sind, trotzdem versucht die Polizei immer wieder, mit Gewalt durchzusetzen, dass sie nicht gezeigt werden. Menschen werden eingeschüchtert, um sie davon abzuhalten, sich weiter am Protest zu beteiligen.

Du selbst erhältst viele Morddrohungen. Wie gehst Du damit um?

Ich bringe vieles zur Anzeige, auch wenn seit über zehn Jahren nichts passiert und alle Verfahren eingestellt wurden. Doch ich merke, dass ich mein alltägliches Leben eingeschränkt habe. Ich achte darauf, dass ich bei Spaziergängen mit meinem Kind abgelegene Plätze vermeide, nicht durch einen Wald gehe. Ich achte darauf, dass ich abends nicht viel allein unterwegs bin oder in Büroräumen sitze. Das ist natürlich eine Einschränkung. Aber es gibt viele Menschen, die nicht so viel öffentliche Aufmerksamkeit haben wie ich. Öffentlichkeit ist eine Art Schutz. Die Reichweite, die ich habe, haben viele kurdische Menschen nicht. Das bedeutet für ihr alltägliches Leben eine heftigere Einschränkung als für mich.

Drei Jahre nach Hanau: Kein Vergeben, kein Vergessen!

Die Hamburger LINKE und viele Dutzend Gruppen und Einzelpersonen unterstützen den nachfolgenden Aufruf zur Demonstration am 19. Februar zum Gedenken an die Opfer der rassistischen Morde vor dann genau drei Jahren im hessischen Hanau.

Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau neun junge Menschen aus rassistischen Gründen erschossen. Der Täter aus der Nachbarschaft hat sich vor den Augen der Sicherheitsbehörden auf seine Tat vorbereitet wie es bereits der Täter von Halle, der dort ein Blutbad in der Synagoge anrichten wollte, und der Mörder von Walter Lübcke in Kassel tun konnten.

Die Prozesse und Urteile gegen die Mörder des NSU, von Halle und Kassel haben noch einmal deutlich gemacht: Das Ausmaß rechten Terrors wird nach wie vor verharmlost durch die immer wiederholte These von »Einzeltätern«, die die Rolle ihrer gemeinsamen Ideologie vom »großen Austausch« und angeblicher weißer Überlegenheit ebenso ausblendet wie die rechte Vernetzung in der digitalen Welt.

Drei Jahre nach Hanau: kein Vergeben, kein Vergessen – gemeinsam gegen Rassismus und Faschismus!

Das Massaker von Hanau steht in einer langen Reihe rassistischer Morde in Deutschland und deren lückenhafter Aufklärung. Welche Rolle spielen dabei rechte Netzwerke in der Polizei und anderen Behörden? Unerträglich sind anhaltende rassistische Hetze und Ausgrenzungsstrategien der AfD, aber



auch nicht endende Debatten über Themen wie »mangelnde Integration«, »Parallelgesellschaften« und »Leitkultur«. Durch beides fühlen sich potenzielle Attentäter in ihren Auffassungen bestätigt und zur Tat ermutigt.

Auch drei Jahre nach dem Anschlag gibt es viele Fragen, keine Antworten, keine Konsequenzen. Die Angehörigen und Überlebenden fordern Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen! Warme Worte von oben haben die Angehörigen satt: »Wir brauchen Taten statt Worte. Wir können nicht auf den nächsten Anschlag warten!« hieß der eindringliche Appell aus Hanau an die Öffentlichkeit. Daran wollen wir zum Jahrestag des Massakers erinnern und unsere Solidarität demonstrieren. Denn nicht zuletzt hat auch die Veröffentlichung des Geheimberichts des hessischen Verfassungsschutzes gezeigt: Staatliche Strukturen sind im Kampf gegen rechte Strukturen oft nicht nur untätig – ihre Tätigkeit steht der Aufklärung z. B. des NSU-Komplexes entgegen.

Die Forderungen der Angehörigen aus Hanau sind auch unsere!

Um dem rechten Terror ein Ende zu setzen, um Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus wirksam entgegenzutreten, dürfen wir es nicht bei Fassungslosigkeit und Trauer belassen. Wir unterstützen die Selbstorganisation der Betroffe-

nen und stehen an ihrer Seite. Der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus ist untrennbar verbunden mit der Solidarität im gemeinsamen Kampf für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, gegen strukturelle Diskriminierung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, gegen rassistische Beleidigungen, Polizeigewalt, Racial Profiling und rechte Diskurse aller Art.

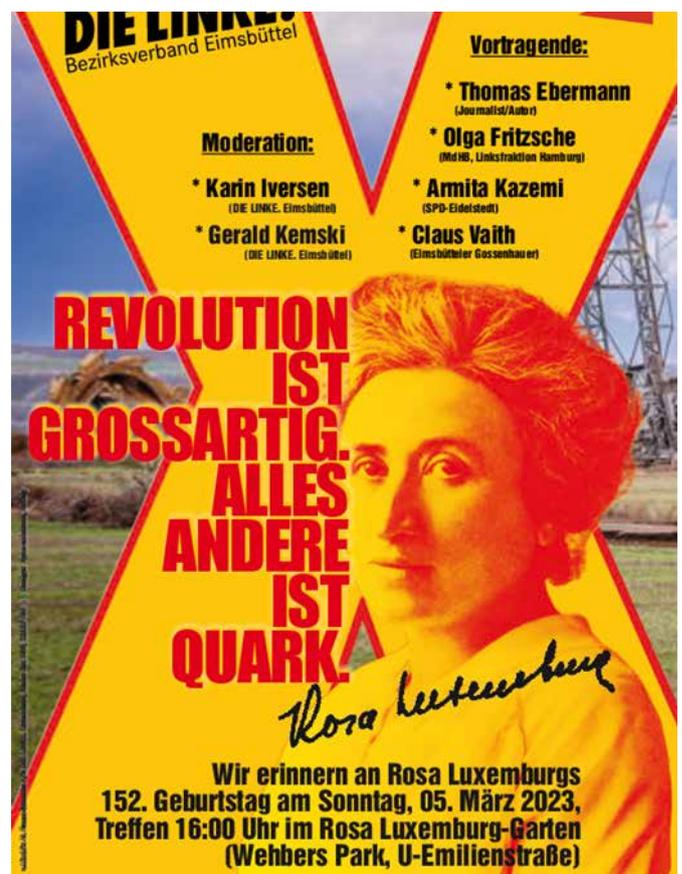
Die Toten von Hanau und Halle, der versuchte Mord an Ahmet I., der Mord an Walter Lübcke, die Opfer des NSU, die Morddrohungen gegen Politiker*innen, die Drohungen des NSU 2.0 gegen bekannte Aktivistinnen, die Ignoranz gegen das Sterben von Tausenden Geflüchteten im Mittelmeer [und an EU-Ausgrenzen] – das alles zeigt uns, wie notwendig der gemeinsame Kampf gegen Faschismus und Rassismus ist.

Für Aufklärung und Konsequenzen müssen wir selbst kämpfen: Schließen wir uns zusammen gegen diejenigen, die uns spalten möchten!

Die Unterzeichner:innenliste und weitere Informationen stehen hier: www.keine-stimme-den-nazis.org.

Rosa Luxemburg wird 152

Geboren ist die weltbekannte Sozialistin und Antimilitaristin Rozalia Luxemburg am 5. März 1871 Zamosc, gelegen im damaligen Kongresspolen des russischen Zarenreiches. Ermordet wurde sie durch konterrevolutionäre Einheiten am 15. Januar 1919 in Berlin. In Hamburg hat sie einige Male vor sozialdemokratischen Arbeiter:innen gesprochen, in Wilhelmshagen auch auf polnisch, eine dicke Akte der Politischen Polizei im Staatsarchiv zeugt von ihrer permanenten Überwachung vor Ort. Zum wiederholten Male nimmt DIE LINKE den Todestag zum Anlass, eine Gedenkveranstaltung zu organisieren. Dieses Mal ist es am **Sonntag, den 5. März**, soweit. Die Kundgebung beginnt um 16.00 Uhr und wird im **Rosa-Luxemburg-Garten nahe der U-Bahn-Station Emilienstraße** abgehalten. Tatsächlich, es gibt einen kleinen, nach der Sozialistin und KPD-Mitbegründerin benannten Gartenanlage in Hamburg, die früher Wehbers Park hieß. Auf hamburg.de erfahren wir u. a. dies: »Der ehemalige ›Alte-Leute-Garten‹ trägt seit November 2006 offiziell die Bezeichnung ›Rosa-Luxemburg-Garten‹. Bis 1913 hatte er als Kaffeegarten des Eimsbütteler Vereinslokals von Ludwig Hallwachs gedient, welches im 19. Jahrhundert noch ›Sottorfs Tanzsalon‹ hieß. Der Hamburger Polit-Künstler Gerd Stange hatte bis vor einigen Jahren für die Umbenennung gekämpft, um mit diesem Gedenkort an Rosa Luxemburg zu erinnern, die am 13. Dezember 1900 erstmals in Hamburg auftrat und im Eimsbütteler Vereinslokal ihre Rede über ›Weltpolitik und Sozialdemokratie‹ hielt. Das ›Gartenstück für Rosa Luxemburg‹ wurde neu konzipiert und bepflanzt. Die kleine Anlage mit dem Fliederstrauch gestaltete man in Anlehnung an den Garten vor der Zelle des Gefängnisses Wronke in der Provinz Posen, in dem Rosa Luxemburg während des Ersten Weltkrieges inhaftiert war. Dabei ließ sich der Künstler von den zahlreichen Tier- und Pflanzen-Schilderungen aus den Briefen, die Rosa Lu-



www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/detail/rosa-luxemburgs-152-geburtstag

xemburg zwischen 1915 und 1918 aus den Gefängnissen in Wronke und Breslau schrieb, inspirieren« (www.hamburg.de/parkanlagen/3119012/wehbers-park2). Die Kundgebung ist sicher ein guter Anlass, Rosa Luxemburgs zu gedenken und den Garten kennenzulernen.

Kulturtipp

Lesen ohne Atomstrom

Zum zehnten Mal finden in Hamburg vom 1. bis 10. März die alternativen Literaturtage unter dem Slogan »Lesen ohne Atomstrom« statt. Mehr als 60 Autor:innen und Künstler:innen werden auftreten. Bühnenstars wie Katja Riemann, Mariele Millowitsch, Sophie von Kessel, Melika Foroutan, Bibiana Beglau, Johanna Christine Gehlen, Michael Rotschopf, Johann von Bülow, Joachim Witt, Bernhard Schütz, Walter Sittler, Sebastian Bezzel, Ulrich Noethen. Autor:innen wie Donatella Di Cesare, Simone Buchholz, Mojib Latif, Feridun Zaimoglu, Tobias Schlegl, Palermos Anti-Mafia-Legende Leoluca Orlando oder Wladimir Slivjak, Träger des Alternativen Nobelpreises. Musiker:innen um Konstantin Wecker, Abi Wallenstein, Mal Élevé, Sarah Straub, Sebastian Krumbiegel. Und nicht zuletzt die Kabarettist:innen Lisa Politt, Alma Hoppe, Henning Venske, Urban Priol, die Titanic BoyGroup um Martin Sonneborn.

Los ging es in viel kleinerem Maße 2011, damals noch als Vattenfall-Lesetage titulierte. Legendär, die Lesungen und Dis-



kussionen vor dem Atommeiler Krümmel. Mehr als 40.000 Zuschauer:innen zählten die Lesetage im vergangenen Jahrzehnt, Tendenz steigend.

Das sechsstufige Programm beginnt am Freitag, den 17. Februar, um 19.30 Uhr im »Schmidtchen« (Spielbudenplatz 27-28). An diesem Abend brillieren verschiedene Künstler:innen mit einer Hermann-Hesse-Werkschau. Der von der Udo-Lindenberg-Stiftung ermöglichte Prolog »Das Unmögliche möglich machen« gibt den erneuerbaren Lesetagen auch gleich das Gesamtmotto. Der Blick in das Gesamtprogramm unter <https://lesen-ohne-atomstrom.de> lohnt sich. Und der Clou vom Ganzen: Sämtliche Veranstaltungen sind kostenfrei! ♦



Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg